

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 172–173

Die Währungslage hat sich im März wenig geändert. Obwohl bei der Nationalbank für 182 Mill. S¹⁾ Bundesschatzscheine und Wechsel eskontiert wurden und sich der Teilmünzenbestand der Notenbank gleichzeitig um 2 Mill. S erhöhte, überwogen die restriktiven Faktoren, so daß der *Banknotenumlauf* um 28 Mill. S (von 5.639 auf 5.611 Mill. S) abnahm. Seit Jahresende 1949 beträgt damit die Notenumlaufverminderung 110 Mill. S oder 2%.

Die restriktive Wirkung ging in der Berichtsperiode hauptsächlich von der Zunahme der *Giroverbindlichkeiten der Nationalbank* (um 199 Mill. S) aus. Die Kreditinstitute erhöhten ihre freien Giro Guthaben um 53 Mill. S, die öffentlichen Stellen um 80 Mill. S; die öffentlichen Sperrkonten (in der Hauptsache Counterpartkonten) verbuchten einen Nettozuwachs von 66 Mill. S. Tatsächlich dürften die Eingänge aus Hilfslieferungs-Erlösen und Drawing-Right-Transaktionen viel größer gewesen sein, als aus dem Nettozuwachs der „zeitlich gesperrten Verbindlichkeiten aus Guthaben öffentlicher Stellen“ hervorgeht. So wurde vor allem ein größerer Betrag von den Hilfskonten außerhalb des ERP abgezogen und daher von den gesperrten auf die freien öffentlichen Giro Guthaben umgebucht.

Nach der kontinentalen Rechenmethode – Notenumlauf plus sämtliche freie Giroverbindlichkeiten der Nationalbank – hat der gesamte Notenbankgeldumlauf in der Berichtsperiode um 105 Mill. S zugenommen. Obwohl über die Bewegung der Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten noch keine Statistiken für März vorliegen, kann doch angenommen werden, daß der effektive Geldumlauf (nach der angelsächsischen Berechnung: Notenumlauf plus freie Giroverbindlichkeiten der Nationalbank – ohne Guthaben der Kreditinstitute – plus Scheckeinlagen bei

¹⁾ Das *Wechselportefeuille* der Nationalbank erhöhte sich um 105 Mill. S auf 1.235 Mill. S. Der kleinere Teil des Zuwachses (37 Mill. S) entfiel auf „Aufbaukredite“ (deren Stand 932 Mill. S erreichte), der Rest auf Handelswechsel (vor allem für die Finanzierung von ERP-Rohstoffimporten).

Bundesschatzscheine nach § 2, 1 b, der Novelle zum Notenbanküberleitungsgesetz wurden für 79 Mill. S eskontiert.

den Kreditinstituten) im März ebenfalls zugenommen hat.

Am 7. April hat die ECA in diesem Jahre die erste Rate Counterpartmittel in Höhe von 350 Mill. S freigegeben²⁾. Weiters ist leihweise eine Freigabe von 100 Mill. S für Wohnbauzwecke geplant³⁾.

Die *Einlagen bei den Kreditinstituten* stiegen im Februar um weitere 119 Mill. S; 67 Mill. S entfielen auf Spareinlagen, 52 Mill. S auf Scheckeinlagen. Die Einlagen öffentlicher Kassen dürften sich infolge der günstigen Einnahmenentwicklung im Bundeshaushalt am meisten erhöht haben.

Die *Aktienkurse* gingen weiter zurück. Der Index der Kurse von 36 Industrieaktien sank von Mitte März bis Mitte April um 5,1% (von 294,8 auf 279,9; März 1938 = 100) und erreichte damit einen neuen Nachkriegstiefstand; alle erfaßten Industriezweige mit Ausnahme der Brauindustrie und der Nahrungsmittelindustrie erlitten fühlbare Kurseinbußen. Der Markt der *Anlagepapiere* war fester; der Kursindex festverzinslicher Werte sank nur um 1,7% (von 88,5 auf 87,0; 28. März 1945 = 100), und der Kurs der Bundesschuldverschreibungen 1947 zog sogar von 39,20 auf 39,75 S pro 100 S Nominale etwas an.

Die 5%ige Aufbauanleihe wurde am 20. April 1950 erstmalig im offiziellen Börsenverkehr gehandelt. Der Einführungskurs von 85 S pro 100 S Nominale ist wohl wenig befriedigend. Es ist jedoch nicht

²⁾ Auf Grund eines Beschlusses des wirtschaftlichen Ministerkomitees vom 18. März wird der freigegebene Betrag folgendermaßen aufgeteilt:

Landwirtschaft	40 Mill. S
Forstwirtschaft	8 „ „
Holzverarbeitung	12 „ „
Kohlenbergbau	13 „ „
Elektrizitätswirtschaft	104 „ „
Papierindustrie	60 „ „
Fremdenverkehr	20 „ „
Bau von Arbeiter-Wohnungen	10 „ „
Verschiedene Industrieprojekte	50 „ „
Straßen und Brücken	30 „ „
Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität	3 „ „

Summe 350 Mill. S

³⁾ Die Rückerstattung soll aus österreichischen Quellen erfolgen; über die Aufbringung (entweder durch Mietzinsneuregelung oder auf steuerlichem Wege) konnte noch keine Einigung erzielt werden.

unmöglich, daß die hohe Realverzinsung (5,9%) das Kaufinteresse weckt, so daß die Verkaufsaufträge der Amnestiezeichner überkompensiert werden und der Kurs wieder anzieht.

Auf dem Gebiet der Devisenkurse ergaben sich einige geringe Änderungen. Mit Kundmachung 36 b der Nationalbank (verlautbart am 29. März) wurden in den für die Kurse maßgebenden Waren-Einfuhr-güterlisten einige Umstellungen vorgenommen. Außerdem wurden in der Berichtsperiode die Kursprämien für Griechenland und die Türkei im Verrechnungsverkehr ebenfalls auf 80% erhöht.

Löhne, Preise, Lebenshaltungskosten

Dazu, statistische Übersichten S. 174—176

Die *Arbeiternettotariflöhne* blieben im April unverändert auf 432,2 (April 1945 = 100). Die Verhandlungen zwischen dem Bundesminister für Finanzen und den Vertretern der öffentlichen Angestellten haben bisher zu dem Ergebnis geführt, daß im April und Mai 10% des Bruttobezuges (ohne Familienzulage und Kinderbeihilfen) mehr ausbezahlt wurden¹⁾.

Die *Arbeiternettoverdienste* haben im Februar den im Jänner eingetretenen saisonbedingten Rückschlag teilweise wieder aufgeholt; der Index stieg um 4% (von 378,0 auf 392,6; August 1938 = 100) und erreichte damit wieder den Stand vom Oktober vergangenen Jahres.

Die Bewegung der *Preise* war in der Berichtsperiode weiterhin uneinheitlich. Im Durchschnitt kann ein relativ starker Druck auf die Preise festgestellt werden, dem viele Märkte allerdings nur sehr zögernd nachgeben. Einzelne Preise sind weiter gestiegen.

Nahrungsmittel wurden teilweise beträchtlich billiger. Auch die Rohstoffpreise stiegen nicht weiter, sondern begannen vereinzelt zu sinken. Die Preise industrieller und gewerblicher Produkte blieben — mit wenigen Ausnahmen, wie z. B. Papier — unverändert. Die Papierindustrie hat eine beträchtliche Preiserhöhung auf dem Inlandsmarkt angekündigt. Das Papierkartell begründet sie mit der Kostenentwicklung. Zum Teil dürfte aber auch die Finanzierung des nicht durch ERP-Mittel gedeckten Teiles der geplanten Investitionen eine Rolle spielen.

Die *Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum* sind von Mitte März bis Mitte April um weitere 4% zurückgegangen und liegen damit bereits um 17%

¹⁾ Diese einmaligen Auszahlungen greifen einer folgenden Regelung nicht vor; sie sind als Abschlagszahlung gedacht und dürften voll aus dem im ersten Quartal 1950 erzielten zeitweiligen Budgetüberschuß finanziert worden sein.

unter dem Stand vom November vergangenen Jahres. Insbesondere der Goldpreis ist — teilweise unter dem Einfluß der Preisbewegungen auf den internationalen Goldmärkten — stark gefallen (seit Mitte März um 11%, seit Mitte November um 27%). Die *freien Fleischpreise* gingen ebenfalls weiter zurück (im gewogenen Durchschnitt der erfaßten Sorten um 5%) und auch die *Schwarzmarktpreise* für Zucker, Butter und Milch sanken noch etwas. Die „schwarzen“ Devisenkurse fielen von Ende Februar bis Ende März um 2%.

Durch die Verbilligung einiger importierter (Baumwolle, Zinn) und inländischer (Leder) Industriestoffe sowie von Fleisch und Kakao verminderte sich der vom Statistischen Zentralamt berechnete Index der *Großhandelspreise* um 1,5% (von 521 auf 513; März 1938 = 100).

Der Index der *Lebenshaltungskosten* (nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema für eine vierköpfige Arbeiterfamilie in Wien) sank ebenfalls von Mitte März bis Mitte April um 1,7% (von 507,7 auf 499,2; April 1945 = 100) und liegt damit bereits um 2% unter dem Stand unmittelbar nach dem dritten Preis-Lohn-Abkommen (Mitte Juni 1949 508,6). Der Preis für Reis fiel um 9% und jener für Eier um weitere 12%. Auch das im Index erfaßte Gemüse (Spinat) wurde saisonbedingt billiger, während die Preise für Äpfel und Käse etwas anzogen.

Die Erhöhung des Fettgehaltes der in die Städte gelieferten Milch von 2,5 auf 3% bedeutet — bei gleichbleibendem Preis — eine Verbilligung, die aber im Lebenshaltungskostenindex ebenso wenig zum Ausdruck kommt wie die vorher durch die Verschlechterung der Milch bedingte Verteuerung. Topfen wurde um 1 S, Quargeln um 1,10 S verbilligt.

Preisentwicklung seit Dezember 1949

Monat	Lebenshaltungskosten		Freie Preise		Gold
	Ins-gesamt IV. 1945 = 100	Nahrungsmittel	Fleisch ¹⁾	Versteigerungen III. 1938 = 100	
Dezember 1949..	535,5	653,1	943	510	760
April 1950.....	499,2	562,2	633	450	670
Senkung in %....	6,8	13,9	32,9	11,8	11,8

¹⁾ Rind- und Schweinefleisch; gewogen nach dem friedensmäßigen Verbrauch.

Ernährung

Dazu, statistische Übersichten S. 177

Die seit Dezember 1949 anhaltende Bewegung auf den Nahrungsmittelmärkten — steigendes Angebot und sinkende Preise — verlangsamte sich im März und kam Ende des Monats teilweise zum Stillstand. Bei einigen Nahrungsmitteln (Fleisch, Eiern) erreichte das Angebot bei zunächst stabilen Preisen einen saisonbedingten Höhepunkt. Erst die Abnahme

der Nachfrage nach Ostern führte Mitte April zu weiteren leichten Preisrückgängen.

Obwohl die Einfuhren geringer als im Vormonat waren, nahm im März das Angebot von *Fleisch* in Wien dank der verstärkten Inlandsaufbringung weiter zu. Die vom Marktamt erfaßten Zufuhren von Vieh und Fleisch waren um etwa ein Drittel höher als im Februar. Da ein Teil dieses Zuwachses auf die mit der Neuregelung der Fleischversorgung zusammenhängende bessere Erfassung der Anlieferungen zurückzuführen sein dürfte, ist das Gesamtangebot vermutlich nicht im gleichen Ausmaß gestiegen. Trotzdem sanken die freien Preise für Fleisch und Wurstwaren bei wenig veränderter Nachfrage von Ende Februar bis Ende März um durchschnittlich 10% und blieben im April gleich hoch. Damit wurde die nur zum Teil noch bestehende Spanne zwischen freien und amtlichen Fleischpreisen und folglich auch die Notwendigkeit der Bewirtschaftung weiter verringert¹⁾.

Einige Sorge bereitet derzeit noch die Fleischversorgung im Sommer, da sowohl die Inlandsaufbringung als auch die Einfuhren saisonbedingt abnehmen werden. Man hofft jedoch, durch Auflösung der bereits vorhandenen und noch anzulegenden Vorräte sowie durch Importe von Gefrierfleisch den Bedarf ohne nennenswerte Preissteigerungen decken zu können. Es ist beabsichtigt, für Wien einen Vorrat von 6.000 bis 8.000 t anzulegen, der den rationierten Bedarf für 3 bis 4 Monate decken könnte²⁾. Der zusätzliche Bedarf könnte aus der Inlandsaufbringung und aus eventuellen Importen befriedigt werden. Die kürzlich im Rahmen des laufenden österreichisch-ungarischen Handelsvertrages vereinbarte zusätzliche Einfuhr von 5.000 lebenden und 1.200 geschlachteten Schweinen, 400 t geschlachteten Kälbern und Rindern im Werte von 500.000 Dollar dürfte ebenfalls die Versorgung in den Sommermonaten sichern helfen. Die bei der Bevorratung entstehenden Einfrier- und Lagerkosten sollen aus Preisabschöpfungen von Importgeschäften³⁾, aber auch durch Freigabe eines

Teiles der eingekühlten Ware und aus Mitteln des Transportausgleichsfonds gedeckt werden. Die amtlichen Höchstpreise werden daher zumindest bei rationiertem Fleisch gehalten werden können.

Die Zufuhren von Vieh und Fleisch nach Wien im I. Quartal 1950 waren zwar viel höher als im Vorjahre, vom Friedensstand aber noch immer weit entfernt (selbst wenn man berücksichtigt, daß die Statistiken für 1949 und 1950 noch unvollständig sind). Der Verbrauch von Schweinefleisch hat sich gegenüber dem Vorjahre vervielfacht, dürfte aber dennoch kaum ein Drittel des Vorkriegsstandes betragen haben; vor allem sind die Einfuhren stark zurückgeblieben, während die Inlandsproduktion der Vorkriegsleistung schon näher kam. Der Rindfleischkonsum veränderte sich gegenüber dem Vorjahre kaum und dürfte nicht mehr weit vom Friedensverbrauch entfernt sein. Die Importe von Rindern waren schon höher als 1937, während die Inlandsaufbringung im Interesse der Aufstockung des Viehbestandes — die guten Futterverhältnisse boten hiezu eine besonders günstige Gelegenheit — noch stärker zurückblieb. Auch der Kalbfleischkonsum besserte sich kaum gegenüber dem Vorjahre und betrug nur einen Bruchteil von 1937.

Zufuhren von Vieh und Fleisch nach Wien¹⁾

Art	Einheit	Erstes Quartal		
		1937	1949	1950
Rinder, lebend ²⁾	1000 St.	21'0	10'5	10'2
davon Inland	1000 St.	17'0	7'4	5'5
Ausland	1000 St.	4'0	3'1	4'7
Schweine, lebend ²⁾	1000 St.	138'3	0'2	25'0
davon Inland	1000 St.	46'2	0'2	11'3
Ausland	1000 St.	92'1	—	13'7
Kälber, lebend ²⁾	1000 St.	1'5	0'2	0'1
Schweine, geschlachtet ³⁾	1000 St.	92'2	9'0	36'5
Kälber, geschlachtet ³⁾	1000 St.	46'6	16'5	15'8
Fleisch ³⁾⁴⁾	1000 q	97'0	19'4	31'3

¹⁾ Nach den Marktamtsberichten. — ²⁾ Zufuhren auf den Zentralviehmarkt und in die Kontumazanlage sowie Außermarktbezüge. — ³⁾ Anlieferungen in die Großmarkthalle (einschließlich der Zufuhren über den Zentralviehmarkt). — ⁴⁾ Rind-, Kalb- und Schweinefleisch, Würste und Selchwaren.

Dank zunehmender Inlandsaufbringung und größeren Importen (u. a. 2 Mill. Stück aus Rumänien und Polen) stieg das Eierangebot rasch an. Die Preise sanken in Wien von Ende Februar bis Ende März von durchschnittlich 105 g auf 72 g (um rund 30%) je Stück und waren damit um 25% niedriger als die der Überkontingenteier zur gleichen Zeit des Vorjahres. Im Vergleich zur Vorkriegszeit erreichten die Eierpreise im März einen Index von 630 (März 1938 = 100), nachdem sie wenige Monate vorher weit mehr als das Zehnfache der Vorkriegspreise betragen. Trotz steigender Nachfrage zogen die Preise auch vor

¹⁾ Während Ende Februar die freien Preise die amtlichen Preise nur bei einzelnen hochwertigen Schweinefleischarten unterschritten, waren sie Ende März bei Schweinefleisch durchwegs, aber auch schon bei einzelnen Rindfleischarten niedriger. Nur der Preis für Kalbfleisch war noch immer bis um 40% höher als der amtliche Höchstpreis.

²⁾ Der Bedarf für die Rationen Wiens beträgt derzeit 1.800 t für 4 Wochen.

³⁾ Bei Importen von Fleisch im Rahmen des ERP, vereinzelt auch bei kommerziellen Einfuhren, lagen die Importpreise — vor allem infolge günstiger Kursrelationen — unter den inländischen. Diese Differenzbeträge wurden zugunsten eines Fonds abgeschöpft. Daraus sollen u. a. auch die Einfrierkosten gedeckt werden.

Ostern nicht an, sie gingen zum Teil sogar etwas zurück. Obwohl das Inlandsangebot seinen saisonbedingten Höhepunkt überschritten hat, gaben die Preise ab Mitte April bei steigendem Angebot und abnehmender Nachfrage leicht nach. Mit dem Beginn der Einlagerung für den Winter in den Haushalten und durch den Handel dürften die Preise wieder anziehen.

Während der Saisonindex im Februar normalerweise leicht abnimmt, stieg in diesem Jahre die Milchaufbringung von Jänner auf Februar um 6% (bezogen auf den Tagesdurchschnitt) und war um etwa ein Drittel höher als im gleichen Monate des Vorjahres. Da die Molkereien wieder Schlagobers und Rahm herstellen, erhöhte sich der Absatz von Trinkmilch nur um 5% (bezogen auf den Tagesdurchschnitt). Die zunehmende Erzeugung von Käse, insbesondere von Topfen und Quargeln, verminderte den Absatz von Magermilch weiterhin. Allerdings ist auch die Nachfrage der Konsumenten nach Magermilch derzeit relativ gering. Nach vorläufigen Meldungen war die Milchaufbringung im März ungefähr gleich groß wie im Vormonat. Trotzdem wurde es durch Verzicht auf einen Teil der zusätzlichen Buttergewinnung ab 27. März möglich, Konsummilch mit 3% Fettgehalt auf den Markt zu bringen.

Im März war die Belieferung Wiens mit *Obst*, *Gemüse* und *Kartoffeln* ungefähr gleich hoch wie im Vormonat, blieb aber allgemein hinter dem Vorjahr zurück. Die Grundtendenz der Preise war stabil, nur vereinzelt traten bei saisonbedingt knapper werdenden Sorten (Kohl, Äpfel) gewisse Preiserhöhungen, bei reichlich angebotenen Waren (Spinat, Zwiebeln, Karfiol) zum Teil stärkerer Preisdruck ein.

Im ersten Quartal 1950 war der Wiener Verbrauch von Obst und Gemüse um durchschnittlich ein Viertel niedriger als im Vorjahre (gegen 1937 wurden erst 67% [Obst] und 31% [Gemüse] erreicht). Diese ungenügende Versorgung ergab sich vor allem aus dem starken Zurückbleiben der Importe. Die preishochhaltende Importpolitik sowie Schwierigkeiten bei der Abwicklung der bewilligten Importe infolge eines schwerfälligen Einzelgenehmigungsverfahrens¹⁾ waren die Ursache. Die Bundesländer (insbesondere Tirol und Vorarlberg) sind von diesen Ver-

¹⁾ So werden die Importgenehmigungen nicht auf eine Warengattung (Obst, Gemüse), sondern auf einzelne Waren ausgestellt. Wenn dadurch auch zum Teil volkswirtschaftlich unerwünschte Importe verhindert werden, hemmt diese Maßnahme dennoch bei der besonders labilen Lage der Obst- und Gemüsemärkte vielfach die rechtzeitige und billige Einfuhr einer dringend benötigten Ware. Auch die Festlegung von amtlichen Richtpreisen erschwert vielfach die Einfuhr.

hältnissen weniger betroffen, da sie Sonderabkommen mit Südtirol haben.

Zufuhren von Obst, Gemüse und Kartoffeln nach Wien

Art	Erstes Quartal			1950 in % von	
	1937	1949 in 1000 g	1950	1937	1949
Obst ²⁾ insgesamt...	149'7	129'6	99'8	66'7	77'0
davon Ausland...	105'7	55'7	35'2	33'0	63'2
Gemüse ³⁾ insgesamt...	248'8	106'7	77'2	31'0	72'3
davon Ausland...	81'1	62'3	36'4	44'9	58'4
Kartoffeln insgesamt	82'0	80'5	74'1	90'4	92'0
davon Ausland...	6'8	3'5	0'4	5'3	10'5

²⁾ Nach den Marktamtberichten. — ³⁾ Einschließlich Agrumen. — ⁴⁾ Einschließlich Pilze, Zwiebeln, Knoblauch.

Wenig günstig dürften die Aussichten für die zukünftigen Importe von Obst und Gemüse sein. Ende März sind die Einfuhrlizenzen für Wintergemüse aus Italien abgelaufen. Obwohl sie noch nicht voll ausgenützt waren, konnte eine Verlängerung nicht erreicht werden. Da mit dem neuen Abkommen auch die Kompensationsgeschäfte abgeschlossen wurden und ein Clearingvertrag abgeschlossen worden ist, befürchtet man weitere Erschwerungen der Importe. Obwohl Obst und Gemüse zum Prämienkurs verrechnet werden — mit Ausnahme von Frühkartoffeln, Zwiebeln und Knoblauch sind alle Obst- und Gemüsesorten in die Liste C eingereiht —, dürfte das Clearingverfahren allerdings die Importe verbilligen. Eine weitere Beschränkung der Einfuhren aus Italien wird vor allem die Versorgung mit Frühgemüse beeinträchtigen, zumal da auch erhöhte Importe aus den Südostländern, der ÖSR oder Holland kein Ersatz sind, weil in diesen Gebieten nur wenig früher als bei uns geerntet wird.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 177

Dank kühler und feuchter Witterung entwickelten sich die Saaten bisher im Durchschnitt sehr gut. Der Stand des *Getreides* ließe — sofern man schon im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Voraussage wagen darf — eine überdurchschnittliche Ernte erwarten. Die *Rüben* liefen rasch und gleichmäßig auf, der Schädlingsbefall hielt sich in mäßigen Grenzen. Die Zuckerrüben-Anbaufläche sollte heuer von 26.000 auf 35.000 ha vergrößert werden, jedoch waren bis Mitte März nur 27.000 ha kontrahiert. Wohl hat die Erhöhung des Rübenpreises von 20 auf 25 Groschen und das heuer relativ größere Angebot an Saisonarbeitern bewirkt, daß schließlich etwas mehr angebaut wurde — trotzdem dürften kaum 30.000 ha gesät worden sein.

Die Kleefelder litten teils unter Mäuseschäden, teils unter Ausfrieren und haben einen lückigen Stand. Da die importierten Kleesaaten oft nicht genug klimahart sind, sollte in Zukunft die Gewinnung akklimatisierten Saatgutes in Österreich intensiviert werden. Der ausgezeichnete Graswuchs auf den Wiesen läßt eine sehr gute Heuernte erwarten. Alle Obstsorten blühten reichlich und zeigen, obwohl die Witterung dem Bienenflug nicht günstig war, einen guten Fruchtansatz.

Die Vegetationsbedingungen waren jedoch nicht nur für die Kulturpflanzen, sondern auch dem Unkraut günstig. Besonders im Sommergetreide gab es gebietsweise viel Hederich und Ackersenf, deren wirksame Bekämpfung heuer erstmalig wieder dank Importen von Kalkstickstoff (6.300 t) möglich war. Obwohl der Abgabepreis für diesen Dünger, der ebensoviel Stickstoff wie der inländische Kalkammonsalpeter enthält, mit S 72'30 je 100 kg relativ günstig ist — Kalkammonsalpeter kostet derzeit S 86'50 —, war er nur im Wald- und Mühlviertel stärker nachgefragt. In den Hackfruchtschlägen konnte das Unkraut trotz Mangel an Arbeitskräften durch intensiven Einsatz der schon stärker verbreiteten Hack- und Vielfachgeräte erfolgreich bekämpft werden.

Die nunmehr vorliegenden Ergebnisse über die Höhe der Futterernte 1949 bestätigen die bisherigen, über dem Vorkriegs-Durchschnittswert gelegenen Schätzungen. So wurde um 72% mehr Grün- und Silomais, um 25% mehr Kleeheu und um 15% mehr Wiesenheu als im Durchschnitt der Jahre 1926 bis 1935 gewonnen. Gegenüber dem Jahre 1948 war die Ernte von Grün- und Silomais um 2% niedriger, dagegen an Kleeheu um 17% und an Wiesenheu um 10% höher. Insgesamt wurde an Heu um 17% mehr als vor dem Kriege und um 12% mehr als im Jahre 1948 geerntet. Diese Mehrerträge kompensierten größtenteils die gegen den Vorkriegsdurchschnitt noch immer stark zurückbleibenden Importe an Futtermitteln.

Die Ernten an Klee- und Wiesenheu¹⁾

	Ø 1926/35	1947	1948	1949	1949 in % von 1926/35 1948	
Fläche, 1000 ha	1.352'6	1.508'4	1.550'6	1.541'9	114	99
Ertrag, g je ha	36'6	23'0	33'4	37'6	103	113
Gesamtertrag, 1000 t	4.945'1	3.470'6	5.180'9	5.804'3	117	112

¹⁾ Nach Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes und nach „Statistik der Ernte 1936“.

Die günstige Futterproduktion ermöglichte die Intensivierung der Milch-, Fleisch- und Eierproduktion sowie teilweise die Aufstockung der Viehbestände. Das vermehrte Angebot an tierischen Produkten konnte von der wenig kaufkräftigen Nach-

frage nur bei sinkenden Preisen aufgenommen werden. Die Zunahme der Futterproduktion wurde nicht so sehr durch eine Intensivierung der Flächenerträge erzielt — diese lagen bei Klee- und Wiesenheu nur geringfügig über den Vorkriegswerten, bei Futtermais sogar noch erheblich darunter —, sondern durch eine Vermehrung der Grünlandflächen auf Kosten des Ackerlandes sowie durch Ausweitung der Futterflächen auf dem Ackerland¹⁾. Im einzelnen wurde z. B. die Fläche für Grün- und Silomais um 32.000 ha (230%), für Klee um 47.000 ha (19%) und die Wiesenfläche (Wechsel- und Dauerwiesen) um 143.000 ha (13%) über den Durchschnitt der Jahre 1926 bis 1935 (siehe Tabelle S. 177) ausgeweitet.

Im Long-Term-Programm der Landwirtschaft ist vorgesehen, daß die neuentstandenen Grünlandflächen sowie ein Teil der unproduktiven Fläche wieder in Ackerland zurückverwandelt und der gegenwärtig stärker betonte Feldfutterbau zu Gunsten des Getreidelandes eingeschränkt werden. Damit, durch die Verringerung der Futterflächen kein Rückgang der Futtermengen eintritt, muß das Grünland in Zukunft intensiver gedüngt und der Wasserhaushalt durch Meliorationen geregelt werden.

Die Marktlage auf dem Getreidesektor ist nach wie vor durch Knappheit an Futtergetreide, besonders an Mais und Gerste gekennzeichnet, wogegen Brotgetreide sehr reichlich vorhanden ist. Während die Importe an Futtergetreide im Rahmen des Marshall-Planes bisher kaum 50% des Importbedarfes²⁾ deckten, wird Brotgetreide in Mengen eingeführt, die über den gegenwärtigen Bedarf hinausgehen. Die bereits jetzt in Österreich lagernden Vorräte decken den Bedarf nicht nur bis zur nächsten Ernte, sondern noch für einige Monate mehr. Diese günstige Versorgung mag darauf zurückzuführen sein, daß die Höhe der heimischen Brotgetreideernte teilweise

¹⁾ Die von der Ausdehnung der Futterfläche in erster Linie betroffene Acker-Hauptfrucht, das Getreide, büßte an Fläche um so mehr ein (insgesamt um 293.000 ha), als gleichzeitig auch das „unproduktive“ Land um 133.000 ha oder um 15% gegenüber dem Durchschnitt 1926/1935 stieg und namhafte Kulturfächen auch noch von den alliierten Mächten bewirtschaftet wurden. Dadurch verminderte sich die Ackerfläche insgesamt um 203.000 ha oder um 10%.

²⁾ Geplant war, den restlichen Bedarf durch kommerzielle Importe zu decken. Diese waren aber unmöglich, da das ERP-Getreide stark verbilligt abgegeben wird, das kommerziell eingeführte Getreide jedoch nicht. Selbst der Ausweg von Mischpreisen war nicht gangbar, da das Futtergetreide dann erheblich teurer gewesen wäre als Brotgetreide, dessen Preis aus Rücksicht auf die Lebenshaltungskosten niedrig gehalten wird (er beträgt zur Zeit bei einem Wechselkurs von S 21'36 für 1 Dollar rd. 50% des Weltmarktpreises).

unterschätzt, der Verbrauch dagegen, der in den letzten Monaten stärker zurückging, überschätzt wurde.

Die günstige Versorgung mit Brotgetreide wirkte sich in sinkenden Preisen aus. Während sonst die Preise mit dem Herannahen der neuen Ernte etwas steigen, ist dies heuer umgekehrt. Weizen, dessen freier Großhandelspreis im Jänner noch S 117.— je 100 kg betrug, sank bis März auf S 106.—. Seither fiel die Preisnotierung für Überkontingentware überhaupt aus. Es ist bekannt, daß der Produzentenpreis bei kleinen Umsätzen zur Zeit nur wenig über dem Kontingentpreis (S 86'80) liegt. Die Preise für Grobgetreide liegen demgegenüber teilweise erheblich höher; so kostet Braugerste S 130.—, Inlandsmais S 100.—, Hafer S 87.—.

Die Disparität zwischen den Preisen für Brotgetreide und Futtergetreide sowie die im Vergleiche zu den Fleischpreisen niedrigen Getreidepreise in Österreich begünstigen die Verfütterung von Brotgetreide. Diese, nicht nur den traditionellen Wirtschaftsanschauungen in Österreich widersprechende, sondern schlechthin ungünstige Entwicklung könnte zur Zeit nur so abgestoppt werden, daß die ERP-Importe von Brotgetreide angesichts der reichlichen Vorräte etwas verringert und dafür die Einfuhren von Futtergetreide erhöht werden.

Auf dem Holzmarkt zogen die Preise für Rundholz im März und April um 5 bis 10% gegenüber den Februarpreisen an und liegen damit um 70 bis 75% über den letzten amtlichen Preisen vom August 1947. Die Preise weisen jedoch gebietsweise starke Unterschiede auf, die auf die differenzierten Absatzverhältnisse besonders im Export zurückgehen. Da sich der Holzexport weiterhin günstig entwickelt — die Ausfuhr von Schnittholz war in den ersten drei Monaten 1950 doppelt so groß wie im gleichen Zeitraum 1949¹⁾ —, dürften die gegenwärtigen Preise trotz gesteigerter Produktion gehalten werden.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 178—179

Die Stromerzeugung war dank der günstigen Witterung so ausreichend, daß bereits Mitte März die teilweise Einschaltung von Ranshofen genehmigt werden konnte. In den wasserreichen Monaten wird dennoch wieder eine beträchtliche Erzeugung von kalorischem Strom notwendig sein, um die täglichen

¹⁾ Die überaus hohe Ausfuhr von Schnittholz im März 1950 — es wurden 10.758 Waggons exportiert gegen 4.225 Waggons im März 1949 und 6.040 Waggons im Monatsdurchschnitt 1937 — dürfte auf spekulative Überlegungen in Zusammenhang mit der erwarteten Umstellung des Kompensations- auf den Clearingverkehr zurückzuführen sein.

Belastungsspitzen decken zu können. Da sich die Aluminiumhütte dem im Tagesablauf stark schwankenden Überangebot an Sommerstrom nicht anpassen kann, erhöht sie die tägliche Spitzenbelastung, so daß viel mehr Dampfstrom als sonst erzeugt werden muß.

Stromerzeugung und -verbrauch

Zeit	Gesamte Stromerzeugung	Laufwasser	davon in Speicher-Kraftwerken	Wasser-	Dampf-	Verbrauch
Ø 1946	254'13	142'77	81'79	224'56	29'57	186'40
Ø 1947	269'52	154'76	72'15	226'91	42'61	216'51
Ø 1948	351'04	191'27	114'75	306'02	45'03	277'73
Ø 1949	349'72	194'21	87'08	281'29	68'43	305'39
1946 I.	237'83	132'59	43'41	176'00	61'83	216'85
II.	208'32	117'18	58'46	175'64	32'68	183'33
III.	228'60	142'36	68'02	210'38	18'22	191'06
1947 I.	218'79	104'28	45'54	149'82	68'97	192'16
II.	197'48	92'80	37'44	130'24	67'24	176'57
III.	240'21	154'18	49'45	203'63	36'58	218'77
1948 I.	268'95	174'39	60'70	235'09	33'86	257'53
II.	291'74	167'25	92'91	260'16	31'59	291'04
III.	314'17	203'54	78'41	281'94	32'23	273'11
1949 I.	280'51	124'88	34'43	159'31	121'20	290'94
II.	253'34	109'67	35'35	145'02	108'33	259'09
III.	292'71	144'48	51'21	195'70	97'02	291'37
1950 I.	352'03	162'08	68'57	230'65	121'38	333'93
II.	318'30	151'66	77'87	229'53	88'78	298'52
III.	357'06	210'26	91'49	301'75	55'31	318'96

Die gesamte Stromerzeugung betrug im März 357 Mill. kWh gegenüber 293 kWh im März 1949. 302 Mill. kWh wurden in Wasserkraftwerken und 55 Mill. kWh in Dampfkraftwerken erzeugt. Gegenüber Februar 1950 hat die Wasserkrafterzeugung um 30% zugenommen, die Erzeugung der Dampfkraftwerke jedoch um 38% abgenommen. Der Stromverbrauch war mit 319 Mill. kWh um 7% höher als im Februar und um 10% höher als im März 1949.

Die inländische Kohlenförderung hat im März mit 14.384 t Stein- und 380.758 t Braunkohle einen neuen Höchststand erreicht.

Kohlenförderung in Österreich

Zeit	Steinkohle	Braunkohle in Tonnen	Insgesamt ¹⁾
Ø 1937.....	19.185	270.147	154.259
1949 I.	16.039	303.766	165.381
II.	16.497	297.767	165.381
III.	16.017	339.244	185.639
1950 I.	15.361	346.710	188.716
II.	15.746	335.177	183.335
III.	14.384	380.758	204.763

¹⁾ Auf Steinkohlenbasis umgerechnet.

Allen Anschein nach dürfte heuer die Planmenge von 4'7 Mill. t erreicht werden. Der Verkauf dieser Menge wird aber nur möglich sein, wenn die Importe hochwertigerer ausländischer Kohle entsprechend gedrosselt werden. Für die Verbraucher würde das, selbst bei niedrigeren Preisen der inländischen Kohle (auf den Heizwert umgerechnet) zu-

meist mit einer Mehrbelastung verbunden sein, weil der Nutzungsgrad der meisten Feuerungsanlagen bei Verwendung minderwertiger Kohle stark sinkt.

Die in den letzten zwei Jahren durchgeführten Aufschließungsarbeiten in dem neuen Braunkohlenrevier Ostermiething in Oberösterreich sind jetzt so weit gediehen, daß mit der kontinuierlichen Förderung begonnen werden kann. Die Tagesförderung soll bis Ende 1950 200 t erreichen.

Die Kohleneinfuhren waren im I. Quartal 1950 bedeutend größer als 1949. Die Braunkohleneinfuhr ist gesunken, die Steinkohleneinfuhr dagegen stark gestiegen. Auch in der Herkunft hat sich wenig verändert. Steinkohle wird noch immer zu mehr als 50% aus Deutschland importiert; vor dem Kriege waren es 20%. Die Einschränkung der Braunkohlenimporte geht hauptsächlich zu Lasten der Einfuhr aus Ungarn und Jugoslawien.

Kohleneinfuhr nach Österreich

Zeit	Steinkohle	Braunkohle	Koks	Insgesamt ¹⁾
Ø 1937....	221.400	15.431	45.891	275.016
1949 I. ...	348.556	159.848	33.590	462.070
II. ...	346.065	139.621	17.930	433.805
III. ...	377.340	125.010	19.437	459.282
1950 I. ...	366.018	108.557	23.318	443.614
II. ...	396.139	107.646	59.331	509.293
III. ...	515.912	111.247	25.537	597.072

¹⁾ Auf Steinkohlenbasis umgerechnet.

Der österreichischen Wirtschaft standen im März 165.042 t Kohle aus dem Inland und 597.072 t Kohle aus dem Ausland (Steinkohlenbasis) zur Verfügung, d. s. zusammen 184,7% des Jahres 1937.

Gewerbliche Produktion

Dazu statistische Übersichten S. 180–185

Nach den bisher vorliegenden Ziffern über die Industrieproduktion im I. Quartal 1950 ist die Saisonabschwächung um die Jahreswende bereits überwunden. Der Produktionsindex ist zwar auch im Jänner noch um 3,7% gesunken (von 129,8 im Dezember auf 122,9 im Jänner), was aber nur auf Saisoneinflüsse vor allem im Bergbau, in der Magnesit- und Baustoffindustrie zurückzuführen war. Bereits im Februar setzte eine starke Aufwärtsentwicklung ein – der Index für Februar steigt auf 133,2 – und im März wurden nach den bisher vorliegenden Daten in einer ganzen Reihe von Industriezweigen neue Höchstleistungen erreicht. Die Produktion hat also den Rückschlag von Dezember und Jänner überwunden und steigt, wenn auch langsamer als im Vorjahr, weiter an.

Vielfach ist jedoch der inländische Markt bereits gesättigt. Eine weitere Steigerung der Produktion ist

Indizes der Produktion, Beschäftigung und Produktivität

Zeit	Gesamtindizes der			Indizes der	
	Produktion	Beschäftigung	Produktivität	dauerhaften Güter	nicht dauerhaften Güter
Ø 1937	100'00	100'00	100'00	100'00	100'00
Ø 1948	88'67	135'32	65'54	104'37	73'27
Ø 1949	118'49	149'67	79'17	144'27	96'15
1948 XII.	99'18	142'65	69'53	116'33	83'71
1949 I.	90'20	142'45	63'32	109'87	73'01
II.	102'11	142'99	71'41	121'15	85'72
III.	106'33	144'34	73'67	132'70	84'29
IV.	112'74	145'88	88'28	133'77	93'82
V.	118'90	147'28	80'73	145'88	95'06
VI.	122'33	148'96	82'12	145'55	100'97
VII.	120'00	150'52	79'72	149'42	94'03
VIII.	117'27	152'09	77'11	147'69	90'80
IX.	133'48	153'79	86'79	163'25	107'77
X.	131'90	155'46	84'84	162'47	105'98
XI.	136'90	155'98	87'77	162'31	115'26
XII.	129'80	156'25	83'08	156'63	107'14
1950 I.	122'90	155'78	78'89	141'45	106'17
II.	133'24	155'50	85'68	153'93	115'29

daher nur möglich, wenn der Export erhöht werden kann. Nun haben zwar die Liberalisierungsbestrebungen die österreichischen Exportmöglichkeiten grundsätzlich gebessert, jedoch verschärfte sich gleichzeitig mit der steigenden Produktion in der ganzen Welt auch der Wettbewerb auf den Auslandsmärkten erheblich, so daß mit einer allmählichen Verschlechterung der Konkurrenzpreise auf den Exportmärkten zu rechnen ist. Die österreichische Industrie wird daher alle Anstrengungen machen müssen, ihre Produktivität weiter zu erhöhen und die Kosten zu senken. Nur dann wird es möglich sein, den gegenwärtigen Export zu erhalten bzw. weiter zu steigern und Produktionseinschränkungen zu vermeiden. Infolge der starken Saisonempfindlichkeit einiger Zweige der Produktionsmittelindustrie ist deren Index im Jänner um 9,7% zurückgegangen, während jener der Konsumgüterindustrie nur um 0,9% gesunken ist. Inzwischen ist diese Verschiebung wieder teilweise ausgeglichen worden.

Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie ist im Jänner und Februar geringfügig gesunken und erreichte 155,8% bzw. 155,5% von 1937. Da aber die Produktion im Jänner zurückging, sank auch der Produktivitätsindex um 5% auf 78,9% von 1937.

Die für die Monate Februar und März vorliegenden Produktionsindizes aus einzelnen Industriezweigen sind mit wenigen Ausnahmen gegenüber Jänner beträchtlich gestiegen.

Der Index der Bergbauproduktion stieg von Jänner bis Februar um 9% und erreichte im März mit 133,2% von 1937 den bisher höchsten Stand. Be-

Produktionsindizes wichtiger Industriezweige

(Ø 1937 = 100)

Zeit	Gesamtindex	Bergbau	Magnesit-Ind.	Eisenhütten
Ø 1948	88'7	101'6	120'3	106'7
Ø 1949	118'5	116'4	151'2	143'9
1949 I.	90'2	106'2	134'9	128'8
II.	102'1	114'0	132'3	139'3
III.	106'3	114'6	150'4	147'0
XI.	136'9	126'7	154'3	139'9
XII.	129'8	124'2	147'0	149'3
1950 I.	122'9	116'6	140'1	154'3
II.	133'2	127'7	144'1	154'6
III.	.	133'2	169'5	165'7
	Metallhütten	Fahrzeug-Ind.	Masch.-Ind.	Baumstoff-Ind.
Ø 1948	161'9	84'2	100'4	108'3
Ø 1949	189'8	137'8	158'0	141'8
1949 I.	61'5	96'3	127'3	63'0
II.	51'0	129'6	141'6	79'2
III.	79'2	148'0	150'9	106'9
XI.	103'5	152'7	189'6	155'8
XII.	92'6	161'4	180'5	129'5
1950 I.	99'7	136'7	173'3	78'0
II.	98'7	165'9	177'8	102'3
III.	113'3	.	.	.
	Chemische Ind.	Papier-Ind.	Leder- u. Schuh-Ind.	Textil-Ind.
Ø 1948	121'5	66'8	56'2	50'5
Ø 1949	155'9	83'0	77'2	76'6
1949 I.	118'4	69'4	66'9	56'9
II.	142'3	77'5	74'4	67'7
III.	123'9	85'2	80'6	75'5
XI.	172'9	85'7	86'0	90'8
XII.	172'8	86'6	70'6	91'5
1950 I.	175'3	87'7	76'7	88'9
II.	190'7	89'9	88'9	98'2
III.	.	96'7	.	.

sonders die Eisenerzförderung, die gegenüber 1937 am meisten zurückgeblieben war, stieg stark an und betrug im März 169.172 t, d. s. 107'7% von 1937.

Bergbauproduktion

Zeit	Eisenerz	Blei-Zinkerz in Tonnen	Kupfererz	Graphit
Ø 1937	157.058	9.396	602	1.513
Ø 1949	123.968	7.585	4.650	1.174
1949 I.	100.309	6.847	2.785	988
II.	105.204	6.523	3.080	1.117
III.	111.863	8.363	3.904	1.389
1950 I.	113.109	7.438	6.817	1.242
II.	127.557	7.930	6.275	1.049
III.	169.172	10.031	6.107	1.197
Zeit	Salzsole m ³	Rohkaolin	Rohtalkum in Tonnen	Ton
Ø 1937	44.786	12.802	1.424	533
Ø 1949	62.073	12.734	4.346	3.365
1949 I.	41.577	9.904	5.696	3.934
II.	35.115	8.553	5.217	3.321
III.	38.582	9.263	4.688	3.600
1950 I.	28.934	10.870	4.572	2.408
II.	44.438	9.696	3.875	2.283
III.	40.493	13.761	4.230	3.408

Die Magnesitindustrie hat im März die saisonbedingten Rückgänge im Jänner und Februar wieder ausgeglichen.

Auch die *Schwerindustrie* hat im März wieder große Fortschritte erzielt. Die Erzeugung ist in allen Sparten gegenüber Februar stark gestiegen und erzielte bei Rohstahl und Walzwaren neue Höchstwerte in der Nachkriegsentwicklung.

Produktion der Eisenhütten

Zeit	Roheisen	Rohstahl in Tonnen	Walzwaren
Ø 1937	32.427	54.153	35.604
Ø 1948	51.101	54.015	21.125
Ø 1949	69.812	69.548	44.519
1949 XII.	64.446	77.242	49.244
1950 I.	70.297	78.021	49.307
II.	66.825	75.556	42.340
III.	75.115	84.263	53.015

Die Roheisenerzeugung erreichte mit rund 75.000 t 230% der durchschnittlichen Monatsproduktion des Jahres 1937. Auch der Roheisenexport entwickelt sich nach wie vor günstig. Im Februar konnten fast 30.000 t, d. s. nahezu 50% der Erzeugung, ausgeführt werden. Die Walzwarenerzeugung, die im Februar wegen einer neun Tage dauernden Reparatur an der Blockstrecke in Donawitz gesunken war, stieg im März auf rund 53.000 t (bisheriger Höchststand Dezember 1949 = 49.000 t). Nach Aufhebung der zu Jahresende verfügten Auftragsperre für Walzwaren gingen die Aufträge bei den Eisenwerken stoßweise ein, so daß sich die Versorgung mit den verschiedenen knappen Walzwaren (Feinblech, Stab- und Profileisen usw.) nicht erleichterte. Eine wesentliche Besserung ist erst zu erwarten, wenn die Montage der neuen Blockstrecke der Alpine in Donawitz beendet ist, was frühestens im Spätherbst sein wird.

Auch die Produktion der *Metallhütten* entwickelt sich, abgesehen von der Aluminiumerzeugung, die im Februar mit 175 t den tiefsten Stand des Winters erreichte, im I. Quartal 1950 durchaus günstig. Im März konnte auch bereits elektrische Energie für das Anlaufen der Aluminiumerzeugung in Ranshofen zur Verfügung gestellt werden.

Produktion der Metallhütten

Zeit	Weichblei	Elektrolyt-Kupfer in Tonnen	Aluminium
Ø 1937	926	173	367
1949 I.	539	215	153
II.	308	188	138
III.	751	274	171
1950 I.	894	341	245
II.	708	403	175
III.	855	448	304

Verglichen mit dem 1. Quartal 1949 liegt die Produktion durchwegs beträchtlich höher, bei Weichblei um 53 %, bei Elektrolyt-Kupfer um 75 % und bei Aluminium um 57 %.

In der *Gießereindustrie* blieb die Produktion in den letzten Monaten ziemlich unverändert. Schwierigkeiten bereitet noch immer die Gußbruchversorgung, da die festgesetzten Preise von den Händlern als zu niedrig angesehen werden. Gegenwärtig wird unter Hinweis auf die Roheisenpreiserhöhung auch eine Erhöhung der Preise für Gußbruch angestrebt. Da die vorgeschriebenen Inlandspreise viel niedriger als die Weltmarktpreise sind, besteht die Gefahr unkontrollierter Exporte zu Ungunsten der Inlandsversorgung.

Sehr stark wirkt sich die saisonbedingte Produktionseinschränkung in der *Baustoffindustrie* aus. Ihr Gesamtindex fiel von 139'5 im Dezember auf 78'0 im Jänner. Die Ziegelindustrie kam fast zum Stillstand und auch in den übrigen Sparten ging die Erzeugung stark zurück, da die Wintermonate zu notwendigen Reparatur- und Überholungsarbeiten benutzt werden. So sank die Zementerzeugung im Jänner gegenüber dem Vormonate um fast 50 %, die Kalkproduktion sogar um 70 %. Im Februar setzte aber bereits die Aufwärtsentwicklung ein. Der Gesamtindex erhöhte sich auf 102'3. Im März dürfte nach den bisher vorliegenden Meldungen schon wieder das Produktionsniveau des Vorjahres erreicht worden sein. Die Zementproduktion stieg im März auf 105.000 t, womit die Kapazität fast voll ausgelastet ist.

Produktion der Baustoffindustrie

Zeit	Index	Mauerziegel 1000 St.	Zement t	Kalk t	Heraklith m ³
Ø 1937 ...	100'00	54.000	35.750	5.679	4.308
1949 I. ...	62'99	8.224	47.492	10.847	5.860
II. ...	79'17	5.451	51.794	12.780	10.400
1950 I. ...	78'04	16.507	56.412	7.965	3.010
II. ...	102'31	10.433	75.084	10.478	10.560

Das Produktionsvolumen der *Elektroindustrie* hat sich in den letzten Monaten, abgesehen von saisonbedingten Einflüssen, wenig verändert. Schwierigkeiten bereitet zum Teil noch immer die Materialversorgung. Abgesehen von dem dauernden Mangel an Transformatorenblech fehlt es noch immer an Kupfer, das nicht in genügenden Mengen importiert werden kann. Außerdem benötigt die Elektroindustrie viele Vorprodukte aus dem Ausland, deren Bezahlung sehr schwierig ist, weil die eigenen Exporterlöse dazu bei weitem nicht ausreichen.

Günstig entwickelt sich die *Kabelindustrie*, die trotz allen Rohmaterialschwierigkeiten ihre Produktion ständig steigert. Den Markt beherrschen vier Firmen, die zum Teil durch Einstellung neuer Maschinen ihre Kapazität erweitern konnten. Der gegenüber 1937 beträchtlich gestiegene Inlandsbedarf kann bereits voll gedeckt werden und auch der Export wird trotz der scharfen Konkurrenz Deutschlands beachtlich dotiert. Eine der Firmen, die Felten & Guillaume A. G., hat in der letzten Zeit die Erzeugung von Pupin-Spulen aufgenommen, die für das Fernmeldewesen wichtig sind und bisher importiert werden mußten.

Produktion der Elektroindustrie

Zeit	Blei-kabel t	Isolierte Leitungen 1000 m	Glüh-lampen 1000 St.	Radio-apparate St.
Ø 1937	315	2.050	957	10.623
1949 I.	810	2.778	2.376	10.805
II.	802	2.771	2.088	9.027
1950 I.	632	5.569	2.146	17.172
II.	1.184	5.851	2.264	16.517

Der Index der *Chemischen Industrie* hat im Februar mit 190'7 % von 1937 einen neuen Höchststand erreicht. Auch im März dürfte nach den bisherigen Ziffern die Erzeugung weiter gestiegen sein. Die Stickstoffwerke in Linz z. B. haben im März mit 30.000 t Kalkammonsalpeter die bisher höchste Produktion ausgewiesen. Der Export erreichte im 1. Quartal 1950 140.000 t, die im Gegensatz zu früher, wo fast ausschließlich Deutschland als Abnehmer in Frage kam, in eine Reihe von europäischen und überseeischen Ländern gingen. Außerdem wurde in Linz auch die Erzeugung von Phosphor- und Humusdünger aufgenommen. Ebenso günstig entwickelt sich die Produktion der Gummi- und der Zündholzindustrie.

Produktion der Chemischen Industrie

Zeit	Kalkammon-salpeter in Tonnen	Karbid	Zündhölzer 1000 Schachteln	Seife und Waschpulver in Tonnen	Kautschuk- waren
Ø 1937	524 ¹⁾	408	16.667	2.750	.
Ø 1948	21.892	662	22.045	2.715	693
Ø 1949	24.013	673	43.000	3.298	1.205
1949 I.	25.396	134	29.402	1.800	913
II.	21.716	59	28.651	2.790	981
1950 I.	29.219	393	55.890	3.120	1.435
II.	25.812	392	55.191	3.140	1.477

¹⁾ 1938

Auch die *Papierindustrie* hat im März die bisher höchste Produktion ausgewiesen. Der Index stieg dank der Produktionssteigerung in allen Sparten auf 96'7 % von 1937. Die Holzvorräte haben in letzter Zeit zugenommen und betragen ungefähr einen Halbjahresbedarf.

Produktion der Papierindustrie

Zeit	Gesamt- index	Holzschliff	Zellulose in Tonnen	Papier	Pappe
Ø 1937	100'0	9.163	25.337	19.345	5.342
Ø 1948	66'8	5.801	12.185	15.777	3.810
Ø 1949	83'0	6.872	17.254	18.673	4.389
1950 I.	87'7	6.693	20.263	19.379	4.325
II.	89'8	5.930	18.491	17.927	4.302
III.	96'7	8.067	21.538	21.138	5.581

Die Exporttätigkeit der Papierindustrie war im I. Quartal 1950 stabil und fast doppelt so hoch wie im I. Quartal 1949.

Export der Papierindustrie

Zeit	Tonnen	Mill. S
1950 I.	18.700	41'9
II.	16.400	42'9
III.	16.700	43'2

Die Schuhindustrie hat im I. Quartal 1950 die Erzeugung von 1949 weit übertroffen und im März mit rund 430.000 Paar Lederschuhen und Sandaletten die bisher höchste Monatsproduktion erreicht. Dagegen ist die Ledererzeugung nach wie vor durch den Rohhautmangel beeinträchtigt. Sie reichte bei weitem nicht an die Erzeugung im gleichen Zeitraum des Vorjahres heran.

Produktion der Leder- und Schuhindustrie

Zeit	Oberleder m ²	Sohlen- leder t	Leder- schuhe ¹⁾	Textil- straßen- schuhe Paar	Hausschuhc
Ø 1937		508	458.000		
1949 I.	222.577	413	272.399	28.284	82.342
II.	121.052	411	259.196	48.893	65.456
III.	152.554	483	313.117		
1950 I.	129.415	317	354.691	70.012	89.751
II.	82.951	354	353.255	91.685	77.228
III.			430.000		

¹⁾ Einschließlich Sandaletten.

Die Textilindustrie klagt in den letzten Monaten über Absatzschwierigkeiten, konnte aber trotzdem die Produktion im bisherigen Umfang aufrechterhalten. Die Roh- und Hilfsstoffversorgung wird immer schwieriger, weil die Marshall-Plan-Einfuhren ständig gekürzt werden und die Textilindustrie aus eigenen Exporten nicht die erforderlichen Einfuhren bezah-

Produktion der Textilindustrie

Zeit	Baumwollgarn ¹⁾ in Tonnen	Wollgarn ²⁾ in Tonnen	Baumwoll- gewebe ¹⁾ 1000 m	Wollgewebe ²⁾
Ø 1937	2.791		9.040'9	
Ø 1948	1.393	569	5.362'0	694'3
Ø 1949	2.030	793	8.004'6	1.082'6
1949 XII.	2.377	999	9.247'6	1.327'3
1950 I.	2.278	925	9.565'0	1.230'6
II.	2.236	979	8.880'4	1.260'4

¹⁾ Einschließlich Zellwollgarne bzw. Gewebe B-Typ. — ²⁾ Einschließlich Zellwollgarne bzw. Gewebe W-Typ.

len kann. Die Ergebnisse der Wiener Frühjahrmesse werden von allen Sparten, mit Ausnahme der Warenindustrie, als unbeliedigend bezeichnet.

Die Tabakindustrie produziert seit der weitgehenden Ausschaltung des Schwarzhandels durch die Preissenkung der Regierzeugnisse im vergangenen Jahr annähernd im Vorkriegsumfang, wobei allerdings eine starke Verschiebung des Konsums vom Rauchtobak zu den Zigaretten festzustellen ist.

Produktion der Tabakindustrie

Zeit	Gesamt- index	Zigaretten 1000 Stück	Zigarren	Rauchtobak kg
Ø 1937	100'00	345.776	7.672	330.114
1949 I.	63'36	257.394	6.002	84.454
II.	73'41	265.025	6.736	88.927
1950 I.	96'17	418.885	5.257	87.908
II.	111'76	439.961	5.595	85.288

Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 186

Nach dem flauen Geschäftsgang in den beiden Vormonaten trat im März eine zum Teil übersaisonnmäßige Belebung ein. In den Konsumgenossenschaften nahmen die Umsätze um 11%, in den Wiener Warenhäusern sogar um 62% zu. Da die Preise vor allem bei Lebensmitteln niedriger als im Vormonate waren, dürften die Mengenumsätze noch stärker gestiegen sein. Die saisonbedingte Zunahme der Nachfrage im März¹⁾ erhöhte sich in diesem Jahre noch dadurch, daß die Arbeitslosigkeit stärker als üblich sank. Dieser Einkommenszuwachs belebte vor allem die Nachfrage nach Nahrungsmitteln und Bekleidung. Aber auch die seit März angebotenen Standardwaren haben die Umsätze in Textilien und Bekleidung über Erwarten erhöht. Die Wiener Frühjahrmesse hat trotz ihrem unbefriedigenden Gesamterfolg durch den Zustrom von auswärtigen Besuchern zur Belebung des Wiener Einzelhandels beigetragen.

In den Wiener Warenhäusern waren die Umsätze von Textilien und Bekleidung um 70% höher als im Vormonat. Am stärksten stiegen die Erlöse bei Konfektionsware (um 114%) und Schuhen (um 93%), während sie bei Meterware nur um 53% zunahmen. Auch der Fachhandel meldete in Konfektion Umsatzzunahmen bis um 100%, in Schuhen bis um 80%. Um einer möglichst großen Zahl von Einzelhändlern die billige Standardware zukommen zu lassen, wurden die ursprünglich vorgesehenen Mindestabnahmemengen im April zum Teil beachtlich reduziert.

In den anderen Branchen nahm der Geschäftsgang ebenfalls, wenn auch weniger stark zu. Der

¹⁾ Der Saisonindex nimmt von Februar auf März bei Damenkonfektion um 27%, bei Herrenkonfektion um 83%, bei Schuhen um 46%, bei Hausrat um 15% zu.

Absatz von *Möbeln und Hausrat* stieg bei den Wiener Warenhäusern um 25 %, beim Fachhandel jedoch weniger. In der *Parfumerie- und Drogeriebranche* stiegen die Erlöse bei einer größeren Zahl von Käufern um 10 %, während der durchschnittliche Umsatz je Kunde etwas abnahm. Im *Lederwarenhandel*, der in den Vormonaten unter besonders schlechtem Geschäftsgang litt, stiegen die Umsätze bis zu 70 %, blieben jedoch noch immer erheblich unter denen des Vorjahres. Die Käufe von den unter „*Sonstiges*“ zusammengefaßten Waren nahmen in den Wiener Warenhäusern um 31 % zu. Die Umsätze von *Nahrungsmitteln* stiegen trotz Preissenkungen um 11 %.

Ein Vergleich der *Entwicklung der Umsätze Wiener Warenhäuser im 1. Quartal* der Jahre 1948 bis 1950 zeigt, sofern man von den Warenhäusern auf den gesamten Handel schließen darf, daß der Bedarf eine gewisse Sättigung erreicht hat. Zwar waren die Umsätze im 1. Quartal 1950 immer noch um 36 % höher als im gleichen Zeitabschnitt 1949, der Zuwachs von Jänner bis März war jedoch in diesem Jahr weitaus geringer als 1949 und übertraf kaum den von 1948. Trotzdem nahm bei einzelnen Waren (insbesondere Konfektion) der Absatz übersaisonmäßig zu¹⁾. Dagegen sind die Umsätze in Meterware etwas zurückgeblieben. Dies beruht teilweise darauf, daß seit der Wechselkursänderung im November v. J. die Importe (besonders die illegalen) von guten Wollstoffen geringer waren und die Inlandsproduktion diesen Ausfall vor allem an Qualitätsstoffen nicht voll ausgleichen konnte. Vielfach dürften auch die Verbraucher zur Konfektionsware abgewandert sein, da diese in steigender Qualität und zu günstigeren Preisen angeboten wird. Der Umsatz von Meterware wird auch durch das Mißverhältnis zwischen dem Angebot von Weißware und von Buntdrucken gehemmt. Während Weißware und Hemdenstoffe knapp sind, kann die hohe Produktion an Buntdrucken²⁾ nur schwer abgesetzt werden.

Im Gegensatz zur Entwicklung im zweiten Halbjahr 1949³⁾ stieg in den ersten drei Monaten dieses Jahres der Umsatz von Textilien und Bekleidung stärker als der von anderen Konsumgütern. Das geht zum Teil auch darauf zurück, daß in den Warenhäusern vereinzelt die Abteilungen für Hausrat und sonstige Waren zugunsten einer Ausweitung der

¹⁾ Während der Saisonindex (der Vorkriegszeit) von Jänner bis März bei Damenkonfektion um 60 %, bei Herrenkonfektion um 46 % zunimmt, betrug im gleichen Zeitabschnitt dieses Jahres der Zuwachs 82 % und 85 %.

²⁾ Gewebe, die Zellwolle enthalten, eignen sich besser für den Druck. Auch ist die Erzeugung von Buntdrucken rentabler.

³⁾ Siehe auch Nr. 1 der Monatsberichte, Jg. 1950, S. 16 f.

Umsätze der Wiener Warenhäuser im 1. Quartal

Monat	1948	1949	1950		1948	1949	1950
			Jänner = 100				
		Insgesamt			Textilien und Bekleidung		
I.	100'0	100'0	100'0		100'0	100'0	100'0
II.	95'5	119'5	89'3		105'1	120'5	87'2
III.	137'0	177'5	145'0		150'3	181'8	148'6
Ø I. Quartal.	110'8	132'3	111'4		118'5	134'1	111'9
		Möbel und Hausrat			Sonstiges		
I.	100'0	100'0	100'0		100'0	100'0	100'0
II.	81'0	118'5	105'2		81'1	114'0	96'6
III.	104'7	169'4	131'8		123'2	155'1	126'7
Ø I. Quartal.	95'2	129'3	112'3		101'4	123'0	107'8

Textil- und Bekleidungsabteilung eingeschränkt wurden. Ob sich etwa eine neuerliche Umschichtung der Nachfrage anbahnt, werden erst die Umsätze im Fachhandel und die weitere Entwicklung im Laufe des Jahres zeigen.

Die Einnahmen aus der *Umsatzsteuer* waren im März um rund 10 % niedriger als im Vormonat und bestätigten damit den für Februar festgestellten Umsatzrückgang.

Die Einnahmen aus den *Verbrauchssteuern* nahmen um rund 6 % zu. Ausschlaggebend hierfür war das Steigen der Eingänge an Biersteuer auf mehr als das Doppelte und an Tabaksteuer um 5 %. Dagegen waren die Einnahmen an Wein-, Zucker- und Salzsteuer weiterhin rückläufig.

Arbeitslage

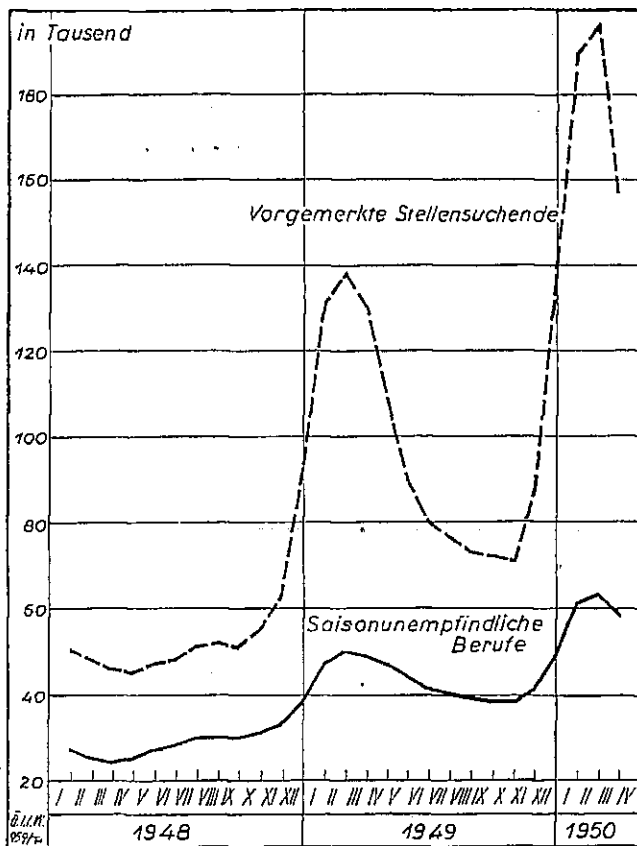
Dazu statistische Übersichten S. 187—191

Im März nahm die Zahl der Beschäftigten stark zu. Sie stieg von 1,825.800 auf 1,873.000 und lag damit wieder über dem Stand des entsprechenden Vorjahresmonates, nachdem sie im Jänner und Februar hinter dem Stand im Vorjahre zurückgeblieben war.

Der Aufschwung ist vorwiegend dem Wiederaufleben der Bautätigkeit und nur zu einem geringen Teil der Landwirtschaft zuzuschreiben, deren Beschäftigtenstand sich von Februar auf März nur um 600 (im März 1949 um 2.600) erhöhte. Die Konzentration der Belegung auf den Bausektor hatte auch zur Folge, daß die männliche Beschäftigung um 3 1/4 %, die weibliche Beschäftigung aber nur um 0 9 % stieg.

Infolge des weiteren Zustromes weiblicher Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt verringerte sich die Zahl der Stellensuchenden im März nicht in demselben Maße, wie die Beschäftigung zunahm. Während die Beschäftigung um 47.200 anstieg, ging die Zahl der Stellensuchenden nur um 39.200 auf 157.226 zurück. Bei den Männern hielten sich Beschäftigungszunahme (+ 41.500) und Stellensuchendenabnahme (- 38.700) nahezu die Waage, während sie bei den Frauen stark auseinanderfielen (+ 5.700 und - 500).

Entwicklung der Arbeitslosigkeit
(Normaler Maßstab; Anzahl in Tausend)



Obwohl die Beschäftigung seit der Währungsreform zunahm, stieg auch die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden, da dem Arbeitsmarkt ständig neue Arbeitskräfte (vor allem Frauen) zuströmten. Dieser steigende Trend der Arbeitslosigkeit — der im wesentlichen durch die Zunahme der Zahl der stellensuchenden Frauen bedingt ist — zeigt sich besonders deutlich in jenen Berufen, in denen die Zahl der Stellensuchenden von Saisoneinflüssen weniger berührt wird.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit, der sich außerhalb Wiens auch im April fortsetzte¹⁾, war im März 1950 bedeutend größer als im März 1949, als er nur 8.500 betrug. Dieser stärkere Rückgang ist zum Großteil nur darauf zurückzuführen, daß heuer die Winterarbeitslosigkeit viel stärker zugenommen hatte als vor einem Jahr, so daß auch die saisonmäßige Erholung im Frühjahr naturgemäß ausgeprägter war. Nichtsdestoweniger ist es ein erfreuliches Zeichen für die Entwicklung im März, daß die Zahl der Stellenvermittlungen in diesem Monat mit 45.658 zum erstenmal seit dem Krieg über dem Stand des entsprechenden Vorjahrmonates (38.040) lag, wenn sie auch hinter der Vermittlungszahl von März 1948 (46.807) oder gar früherer Jahre zurückblieb.

Diese Belebungsstendenzen auf dem Arbeitsmarkt dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß das

¹⁾ Die Zahl der verfügbaren Arbeitslosen sank von 147.722 am 31. März auf 130.341 am 15. April und 119.635 am 30. April.

wachsende Arbeitskräfteangebot nicht ganz absorbiert wird. Hinter den saisonmäßigen Auf- und Abbewegungen der Arbeitslosigkeit verbleibt ein langsam, aber stetig steigender Trend, der besonders deutlich wird, wenn aus der Zahl der Stellensuchenden die vorwiegend saisonempfindlichen Berufe (Land-, Stein-, Bau-, Bekleidungs-, Nahrungsmittel-, Gaststätten- und Hilfsarbeiter) herausgenommen werden²⁾. So war die Zahl der Stellensuchenden in diesen „saisonfreien“ Berufen im März 1950 59.257 gegenüber 49.923 im März 1949 und 24.958 im März 1948. Ihr tiefster Stand im Jahre 1949 (38.662 im Oktober) lag höher als der höchste Stand im Jahre 1948 (38.200 im Dezember).

Die Beschäftigungsstruktur Wiens

Die Gliederung der krankenversicherten Arbeiter nach Wirtschaftszweigen, welche die Wiener Gebietskrankenkasse für den 1. Februar 1950 durchgeführt hat, ermöglicht einen Einblick in die Veränderungen, die sich seit der Zählung vom 1. Jänner 1949 vollzogen haben³⁾.

Die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter war in den beiden Zeitpunkten nahezu gleich: 364.136 im Jahre 1949 und 365.182 im Jahre 1950⁴⁾. Aber innerhalb einiger Gruppen ergeben sich nicht unbedeutende Verschiebungen. Auffallend ist die starke Zunahme der Zahl der Beschäftigten von 235.278 auf 245.476 in der Industrie und im verarbeitenden Gewerbe (Gruppen 4 bis 14 der Tabelle auf der nächsten Seite), während die Zahl der Arbeiter in den Dienstleistungsgewerben (Gruppen 15 bis 23) und die Zahl der von der öffentlichen Hand beschäftigten Arbeiter (Gruppen 24 bis 26) zurückgegangen ist (von 56.799 auf 53.081 und von 28.673 auf 22.046). Innerhalb der industriell-gewerblichen Gruppe fällt vor allem auf, daß die Beschäftigtenzahl im Baugewerbe

²⁾ Auch bei dieser Restgruppe zeigt sich noch eine gewisse Saisonschwankung. Diese ist zum Teil nur eine Folge der Praxis, aus den Saisonberufen entlassene Arbeitskräfte in ihrem ursprünglichen Beruf zu registrieren. Siehe Nr. 2 der Monatsberichte, Jg. 1950, S. 68, 1. Spalte oben.

³⁾ Die unmittelbar vorangegangene Aufgliederung vom 1. August 1949 ist für Vergleichszwecke weniger geeignet, da ein Großteil dieser Veränderung rein saisonmäßiger Natur wäre. (Die Ergebnisse der Augustzählung sind als „Veränderungen der Beschäftigungsstruktur in Wien“ in Nr. 11 der Monatsberichte, Jg. 1949, S. 471 ff., beschrieben.) Auch der Vergleich mit der Winterzählung des Vorjahres leidet darunter, daß sie nicht am 1. Februar, sondern am 1. Jänner durchgeführt wurde. Die daraus sich ergebende saisonmäßige Verschiebung fällt aber nicht so stark ins Gewicht, daß der Vergleich dadurch ernstlich beeinträchtigt würde.

⁴⁾ Die Zahl der Betriebe, in denen diese Arbeitskräfte beschäftigt waren, ging allerdings etwas zurück: von 78.067 im Jahre 1949 auf 77.398 im Jahre 1950.

von 31.458 auf 26.804 zurückging. Hauptursache war, daß die Arbeitslosenzahlen im vergangenen Winter viel stärker stiegen als im Winter 1948/49. Die verstärkte Beschäftigung in der Eisen- und Metallindustrie (+ 5.592), der Textilindustrie (+ 4.076) und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie (+ 2.555) läßt jedoch erkennen, daß sich die konjunkturelle Lage auf dem Wiener Arbeitsmarkt gegenüber dem Vorjahr nicht abgeschwächt hatte, wenn sich auch in einzelnen Branchen (Leder, Hotel- und Gastgewerbe, Kunst, Sport und Körperpflege) kleinere Verschlechterungen ergaben.

Bemerkenswert ist die verschieden starke Beschäftigung von Männern und Frauen. Die leichte Zunahme der Gesamtbeschäftigung von 364.136 i. J. 1949 auf 365.182 i. J. 1950 ist ausschließlich auf die vermehrte Beschäftigung von Frauen zurückzuführen, deren Zahl von 147.352 auf 154.341 stieg; die Zahl der männlichen Beschäftigten ging von 216.784 auf 210.841 zurück. Dadurch stieg der Anteil der Frauen von 40,5% aller beschäftigten Arbeiter auf 42,3%. Zum Teil ist diese Verschiebung auf das überdurchschnittliche Anwachsen der Beschäftigung in der Textilindustrie, der Papierindustrie, die vorwiegend mit weiblichen Arbeitskräften besetzt sind, und jener von Hausgehilfinnen zurückzuführen. Außerdem zeigt sich, daß sich der Perzentsatz der Frauen in allen 28 Wirtschaftsgruppen mit Ausnahme von fünf (Bergbau, Baugewerbe, Verkehr, Heilkunde und Krankenpflege, öffentlicher Dienst) erhöht hat. Das läßt darauf schließen, daß das wachsende Angebot billiger Frauenarbeit¹⁾ die teureren männliche Arbeitskraft vielfach ersetzt²⁾.

Unbefriedigend sind die Resultate der Lehrlingszählung. Nach den Angaben der Wiener Gebiets-

¹⁾ Das Angebot weiblicher Arbeiter (Beschäftigte und vorgemerkt Stellensuchende) stieg in Wien zwischen 1. Jänner 1949 und 1. Februar 1950 von 154.300 auf 171.912 (+ 11,4%), das der männlichen jedoch nur von 231.747 auf 235.874 (+ 1,8%).

²⁾ Das Ausmaß dieser Ersetzung von Männern durch Frauen läßt sich durch folgende Berechnung schätzen. Multipliziert man die Beschäftigungsziffer jedes Wirtschaftszweiges im Jahre 1950 mit der entsprechenden Frauenquote des Jahres 1949 und addiert man die so gewonnenen Zahlen, so erhält man die Frauenzahl, die sich ausschließlich aus der strukturellen Verschiebung zwischen den Wirtschaftszweigen (z. B. Wachstum der Textilindustrie) ergibt. Die Veränderungen, die darüber hinausgehen, können dann als Folge der Verschiebung innerhalb der Wirtschaftszweige angesehen werden. Eine so durchgeführte Berechnung zeigt, daß strukturelle Verschiebung und Ersetzung ungefähr in gleichem Maße zum Anwachsen der weiblichen Beschäftigung beigetragen haben. Von der Zunahme von 6.989 Frauen sind 3.600 dem ersten und 3.389 dem letzteren Faktor zuzuschreiben. Dementsprechend ergibt sich auch bei den Männern ein Rückgang um 2.554 aus strukturellen Verschiebungen und um 3.989 aus Ersetzungsgründen.

krankenkasse ging die Zahl der beschäftigten Lehrlinge von 24.242 im Jahre 1949 auf 21.617 im Jahre 1950 oder von 6,7% aller Beschäftigten auf 5,9% zurück. Dies traf die männlichen und weiblichen Lehrlinge in ungefähr gleichem Ausmaße. Die Zahl der Lehrlinge sank um 1.272 auf 16.844, die der Lehrlinge um 1.353 auf 4.773. Bei dem akuten Lehrstellenmangel und der ersten Jugendarbeitslosigkeit ist dieser Rückgang der Lehrlingszahl besonders beachtenswert.

Krankenversicherte Arbeiter¹⁾ in Wien nach Wirtschaftszweigen am 1. Jänner 1949 und 1. Februar 1950²⁾

Wirtschaftszweig	1. Jänner 1949		1. Februar 1950	
	insges.	davon weiblich	insges.	davon weiblich
1. Land- und Forstwirtschaft.....	609	166	473	147
2. Bergbau	379	18	446	16
3. Elektrizitäts-, Gas- u. Wasserwerke	1.335	213	960	165
4. Gewinnung und Verarbeitung von Steinen, Erden, Ton, Glas.....	7.201	1.676	7.721	1.804
5. Baugewerbe.....	31.458	1.599	26.804	1.236
6. Gewinnung und Verarbeitung von Eisen und Metall	82.835	15.712	88.427	18.199
7. Holzverarbeitung	15.989	1.904	16.474	2.251
8. Erzeugung und Bearbeitung von Leder.....	3.827	1.232	3.677	1.231
9. Textilbetriebe	14.556	11.323	18.632	14.577
10. Bekleidung	34.286	23.672	34.639	24.102
11. Papiererzeugung u. -verarbeitung	5.325	3.305	6.020	3.875
12. Graphische Betriebe	9.480	3.015	9.566	3.148
13. Chemie- und Gummiindustrie...	9.478	3.425	10.118	3.738
14. Nahrungs- und Genußmittelindustrie	20.843	6.665	23.398	7.989
15. Hotel-, Gast- und Schankgewerbe	10.021	5.706	9.549	5.447
16. Handel	16.094	4.515	16.642	4.972
17. Verkehr	11.755	1.053	10.093	902
18. Geld- u. Kreditwesen, Privatvers.	1.763	554	1.756	597
19. Reinigungsbetriebe.....	3.864	2.869	3.843	2.889
20. Körperpflege.....	5.638	3.473	4.899	3.055
21. Heilkunde, Hygiene u. Krankenpflege	2.411	1.500	2.203	1.353
22. Bildung, Kunst, Sport und Unterhaltung	4.162	1.839	3.315	1.577
23. Advokatur- u. Notariatskanzleien	1.091	481	781	482
24. Öffentlicher Dienst	28.324	11.810	19.561	7.814
25. Öffentliche Gesundheitspflege....	168	104	1.673	1.045
26. Öffentlicher Unterricht.....	181	95	812	444
27 a. Hausgehilfen	16.345	16.182	16.892	16.778
27 b. Hausbesorger.....	24.718	23.246	25.808	24.508
Insgesamt	364.136	147.352	365.182	154.341

¹⁾ Einschließlich Heimarbeiter und Lehrlinge. — ²⁾ Statistik der Wiener Gebietskrankenkasse.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 192—194

Die Verkehrsleistungen der Bundesbahnen sind im Februar trotz seinen bloß 28 Tagen fast unverändert geblieben. Im *Güterverkehr* lag die Zahl der geleisteten Nutzlast-Tonnenkilometer sogar um 947 über dem Jännerergebnis, so daß die durchschnittliche Tagesleistung von 15.010 Nutzlast-t-km auf 16.652 anstieg. Da der Transitverkehr zurückging, beruht die Steigerung auf der mengenmäßigen Zunahme des Außenhandels und einem lebhafteren Binnenverkehr. Auch im *Personenverkehr* stieg die

durchschnittliche Tagesfrequenz, wenn auch nur um 4%, bei einem absoluten Rückgang der verkauften Karten von 470 Mill. Stück auf 441 Mill.

Der *Fremdenverkehr* stieg von 552.500 Übernachtungen im Jänner auf 647.267 Übernachtungen im Februar. Von dieser Zunahme um 94.767 Übernachtungen entfielen 82% auf den Ausländerverkehr. 46% der Fremden stammten aus dem Ausland. (Winterhalbjahr 1936/37: 49,5%; 1948/49: 22,0%). Mit 297.022 Ausländernächtingungen wurde der Monatsdurchschnitt der Wintersaison 1936/37 zu 83% erreicht (Inländer zu 95%). Die regionale Entwicklung war jedoch sehr unterschiedlich. Während im Jänner alle Bundesländer einen steigenden Ausländerbesuch aufwiesen, trifft dies im Februar nur für Salzburg, Tirol und Vorarlberg zu, wo die Nächtingungen von 168.600 auf 250.524 zunahmen. Wien und die übrigen Bundesländer dagegen hatten insgesamt einen Rückgang um 4.100 Übernachtungen. In den drei westlichen Ländern, erhöhten sich von Jänner auf Februar die Übernachtungen in Salzburg um 2%, in Tirol um 23% und in Vorarlberg, das den bisher größten Ausländerbesuch hatte, um 100%.

Ausländer-Fremdenverkehr (Übernachtungen)

Monat	Insgesamt		davon in den Bundesländern 1949/50			
	1936/37	1949/50	Salzburg	Tirol	Vorarlberg	Übrige
			in 1000 Übernachtungen			
November	174'5	80'9	13'7	9'0	9'2	49'0
Dezember	285'4	138'3	19'1	45'5	28'2	45'4
Jänner	270'2	219'2	24'0	82'2	62'4	50'6
Februar	355'0	297'0	24'5	101'6	124'5	46'5

Der Seehafentarif Österreich-Triest und der Transitverkehr

Unter den verschiedenen Tarifmaßnahmen und Tarifvereinbarungen ist der seit 15. März 1950 wirksame Seehafentarif Österreich-Triest hervorzuheben. Gegenüber dem seit 15. August 1947 geltenden provisorischen Tarif bringt der neue Verbandstarif nicht allein Frachtermäßigungen teilweise bis zu 25%, sondern auch einen bedeutend ausgedehnteren Geltungsbereich sowohl in regionaler als auch gütermäßiger Hinsicht. So ist an die Stelle der bisherigen Artikeltarife mit Globalsätzen eine komplette Gütereinteilung getreten und die beschränkten Verkehrsrelationen wurden auf nahezu alle österreichischen Bahnhöfe sowie auf Transite von und nach der Schweiz (Grenzbahnhöfe: Buchs, St. Margrethen) und Deutschland (Kufstein, Salzburg) erweitert. Damit erfährt das nunmehr tarifarisch begünstigte Triester Einzugsgebiet eine beträchtliche Ausdehnung, die allerdings im Transit von und nach Deutschland auf ein Gebiet beschränkt ist, das südlich der Linie

Schwandorf, Nürnberg, Ansbach, Dombühl liegt. Die Schnittpunkte der vorgeschriebenen Leitungswege des neuen Verbandstarifes, der übrigens nur Frachtgutwagenladungen kennt (also keinen Stückguttarif), sind Spielfeld, Rosenbach, Tarvis und Lavamünd, so daß auch Jugoslawien mit eingeschlossen ist, dessen hohe Transitfrachtsätze allerdings eine stärkere Inanspruchnahme dieser Leitungswege verhindern dürften. Der Verzicht, den Grenzübergang Brenner einzubeziehen, der für die westlichen Transporte die kürzeste (und billigste) Entfernung bedeuten würde, dürfte wohl aus dem Bestreben der Bundesbahnen, sich die langen Durchzugsstrecken zu erhalten, zu erklären sein. Entsprechend dem Abkommen von Montreux wurde in den neuen Tarif die Frachtzahlungsfreiheit¹⁾ aufgenommen.

Der Seehafentarif Österreich-Triest hat für beide Partner eine über einen normalen Verbandstarif hinausgehende Bedeutung und kann — mit gewissen Einschränkungen — als eine Fortsetzung des Adria-Tarifes der Vorkriegszeit angesehen werden, der eine Folge des Wettbewerbes zwischen Adria und Nordsee war²⁾. Für Triest ist die Erschließung des Hinterlandes eine Lebensfrage, für Österreich bedeutet eine verstärkte Gravitation der umliegenden Verkehrsräume nach Triest eine Stärkung seines Transitverkehrs und damit erhöhte Deviseneinnahmen. Die Einbeziehung süddeutschen und schweizerischen Verkehrsaufkommens in den Seehafentarif gewinnt hierbei um so größere Bedeutung, als nicht allein die Deutsche Bundesbahn wieder beginnt, im Interesse ihrer Nordseehäfen Transitermäßigungen zu gewähren, sondern auch die Tschechoslowakei bereits am 1. März 1949 wieder den Elbe-Donau-Um-

¹⁾ Siehe Nr. 3 der Monatsberichte, Jg. 1950, S. 122.

²⁾ Die sogenannte Nordkonkurrenz reicht bis in das Jahr 1890 zurück, als Deutschland zur Förderung seines Levanteverkehrs über Hamburg Frachtermäßigungen bis zu 57% des Normaltarifes gewährte, so daß selbst Orientfrachten aus der Schweiz und Böhmen über Hamburg gingen. Der daraufhin erstellte österreichisch-ungarische Levantetarif (1891) konkurrenzierte jedoch erfolgreich den deutschen, so daß der Einfluß Triests für bestimmte Güter sogar bis Sachsen und Schlesien reichte. Dieser Zustand hielt bis 1924 an; in diesem Jahre setzte ein neuer Tarifkampf zufolge stark reduzierter Transitfrachtsätze der Deutschen Reichsbahn ein, der nach verschiedenen Zwischenlösungen durch das Münchener Tarif-Abkommen von 1928 beigelegt wurde. Die damals vereinbarte Interessenabgrenzung vor allem im böhmischen Verkehrsraum (Ziehung einer „Demarkationslinie“, auf welcher Frachtgleichheit nach den Nord- und Südhäfen bestand) bildete mit gewissen Änderungen (Köln 1932) bis 1939 die Tarifgrundlage zwischen Hamburg/Bremen einerseits und Triest/Fiume andererseits. (Vgl. hierzu: Franz Wuschitz, Der Güter-Transitverkehr der ÖBB, in der Verkehrspolitik Österreichs. Diss. Wien, 1949.)

schlagtarif¹⁾ einführte und Polen für Übersee-Transite über seine Ostseehäfen tarifarische Begünstigungen einräumt²⁾. Der polnisch-tschechoslowakischen Verkehrswerbung wird zwar durch den neuen Seehafentarif nicht begegnet; sie bedeutet aber nicht allein eine Gefährdung Triests, sondern auch des österreichischen Transits, der speziell in dieser Verkehrsrelation in den letzten Monaten stark abgenommen hat. Immerhin ist die Ausweitung des Geltungsbereiches auf die erwähnten Transite ein erster Schritt, den durch die wachsende Verkehrskonkurrenz der nördlichen Häfen gefährdeten österreichischen Transitverkehr tarifarisch zu festigen. Allerdings dürfte eine viel differenziertere Transit-Verkehrspolitik notwendig sein, um auf lange Sicht dem speziell von Polen und ÖSR ausgehenden Wettbewerb wirksam begegnen zu können.

Mineralölsteuer und Straßenverkehr

Der österreichische Straßenverkehr wird durch die am 8. März 1950 beschlossene Erhöhung der Mineralölsteuer sowie die noch im Mai in Kraft tretende Zollvalorisierung fühlbar in seiner Kostengestaltung beeinflusst werden³⁾. Der Zuschlag zur *Mineralölsteuer* bedeutet eine fiskalische Mehreinnahme und eine Mehrbelastung des motorisierten Straßenverkehrs von etwa 40 Mill. S⁴⁾ und erhöht den Letztverbraucherpreis für Benzin von S 1'48 (pro Liter) auf S 1'88, für Dieselöl (Wien) von 78 auf 95 Groschen und für Petroleum von 82 auf 99 Groschen. Die steuerliche Belastung steigt damit von 13 %¹⁾ auf 31 % (Benzin), von 11 % auf 27 % (Dieselöl) und von 10 % auf 25 % (Petroleum). Trotz dieser im Durchschnitt 28 % igen Preissteigerung für Benzin und der 20 % igen für Dieselöl liegen die österreichischen Treibstoffpreise noch immer um 46 % unter denen der Schweiz und Italiens und um 33 % unter jenen in Deutschland und Frankreich. Nur die holländischen Treibstoffpreise liegen tiefer als die österreichischen.

Offiziell wurde diese Steuermaßnahme mit der Notwendigkeit der Beitragsleistung zum Straßen-

¹⁾ Der durchgehende Elbe-Donau-Schiffs- und Eisenbahnverkehr wurde 1933 eingeführt und bezweckte, die Südost-Frachten über die tschechoslowakischen Donau-Moldau-Elbe-Umschlagplätze zu lenken.

²⁾ So kostet die Fracht für 100 kg Kohle aus dem Mährisch-Osttrauer Revier nach Genua über Stettin 33 und über Österreich allein bis Tarvis 50 Tschechenkronen.

³⁾ Eine weitere Verteuerung ergäbe sich, wenn die geplante Beimischung von Spirit angenommen würde.

⁴⁾ Unter der Annahme, daß 20% des Mineralölverbrauches nicht auf den Straßenverkehr entfallen.

bau und der Beeinflussung der Konkurrenzverhältnisse zwischen Schiene und Straße zugunsten der Bundesbahnen⁵⁾ begründet. Damit wird erstmalig seit Kriegsende in das Wettbewerbsverhältnis zwischen Schiene und Straße durch eine fiskalische Maßnahme eingegriffen, wobei sich die Frage nach der volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit erhebt. Denn das nicht nur in Österreich bestehende Koordinationsproblem ist – und dahin geht auch die Stellungnahme des Inlandstransportkomitees der UNO zur Verkehrskoordination – nicht allein nach privat-betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zu lösen, sondern vor allem nach volkswirtschaftlichen⁶⁾. Die fast überall defizitär arbeitenden Eisenbahnen (zufolge der Wiederaufbaukosten und der Straßenkonkurrenz) bewältigen immer noch 85 bis 90 % des Transportaufkommens und sind auch für die fernere Zukunft, selbst bei weiterer Ausdehnung des Straßenverkehrs, für eine Vielzahl von Transporten unentbehrlich, ganz abgesehen davon, daß der Straßenverkehr, speziell in Österreich, niemals in der Lage wäre, die Bahntransporte völlig zu übernehmen⁷⁾. Die mindeste Forderung, welche daher die Bundesbahn erheben könnte, wäre die, den Wettbewerb mit der Straße unter gleichgestellten Bedingungen zu führen. Dies würde für den Straßenverkehr bedeuten, sofern freier Wettbewerb herrscht, daß er anteilmäßig mit den Kosten für Straßenerhaltung und Straßenbau belastet wird, wobei letztere natürlich nur bei einer entsprechenden zeitlichen Verteilung tragbar wären⁸⁾. Erst nach dieser Kostenbelastung des Straßenverkehrs (denn auch die Bundesbahnen haben für ihre Anlagen voll aufzukommen) wären gleiche Wettbewerbsbedingungen gegeben und von einer „fiskalischen Koordination“ könnte erst bei einer darüber hinausgehenden steuerlichen Belastung gesprochen werden. Diese wäre aber auch nach der Erhöhung der Mineralölsteuer nicht gegeben, da den Aufwendungen für Straßenerhaltung etc. in Höhe

⁵⁾ In den Erläuterungen zur Regierungsvorlage heißt es: „Gleichzeitig sollen hierdurch die Konkurrenzverhältnisse zwischen Schiene und Straße zugunsten der Schiene eine Verbesserung erfahren.“ (Entnommen aus der Zeitschrift „Verkehr“, Heft 11, 1950, S. 312.)

⁶⁾ Vgl. Prof. H. R. Mayer: Die kostengerechte Fiskalbelastung des Motorfahrzeugverkehrs. (Schweizerisches Archiv für Verkehrswissenschaft u. Verkehrspolitik Nr. 1, 1950, S 55 ff.)

⁷⁾ Die Erhaltung der Bahn ist daher erforderlich und die hohen Kapitalanlagen sowie die hohen fixen Kosten des Betriebes (etwa 75%) erfordern eine bestmögliche Ausnutzung.

⁸⁾ Hierbei schiene es angebracht, die Höhe der Steuerbelastung den einzelnen Fahrzeugkategorien anzupassen.

von 270 Mill. S¹⁾ insgesamt rd. 80 Mill. S²⁾ Fiskaleinnahmen gegenüberstehen, wobei zu berücksichtigen ist, daß in der Mineralölsteuer auch der Verbrauch für ortsfeste Motoren enthalten ist.

Daher wäre diese steuerliche Maßnahme kein Eingriff in das Koordinationsproblem zugunsten der Bundesbahn, sondern eine erste Korrektur ungleicher Wettbewerbsbedingungen. Die Subventionierung des Straßenverkehrs durch Verzicht auf eine anteilige Belastung an der Straßenerhaltung ist dann nicht mehr berechtigt, wenn die Motorisierung einen Umfang erreicht hat, der einerseits eine Kostenumlegung gestattet, ohne eine weitere Motorisierung zu hemmen, und andererseits nachhaltig den Bahnverkehr konkurrenziert. Diese Situation ist in Österreich gegeben. Andererseits ist die einfache Umlage auf den Benzinpreis deshalb unangebracht, weil nicht nur Treibstoffverbraucher getroffen werden, die mit dem Straßenverkehr nichts zu tun haben, sondern auch innerhalb des motorisierten Straßenverkehrs, z. B. die Personenkraftwagen, relativ stärker herangezogen werden als der 15-t-Fernlastzug mit seiner ungleich höheren Straßenabnutzung. Eine differenzierte Belastung wäre daher schon in diesem Fall angebracht gewesen.

Die Frage einer echten fiskalischen Koordination, wie sie in Referentenentwürfen geplant ist (Besteuerung je t Laderaum und je Sitzplatz im Pkw) hat noch kein diskussionsreifes Stadium erreicht. Auch bei voller Berücksichtigung der gemeinwirtschaftlichen Aufgaben der Bundesbahnen wäre es problematisch, die fiskalische Belastung des Straßenverkehrs nur an die Betriebs- und Einnahmegerbarung der Bundesbahnen zu binden, wie es verschiedentlich geplant ist. Denn die Koordinationsmaßnahmen dürfen nicht die Motorisierung hemmen, sondern müssen sich im Gegenteil in ihren Dienst stellen, und zwar durch eine entsprechende Verkehrsteilung. Die Ausschaltung des Wettbewerbes wäre um so nachteiliger, als erfahrungsgemäß nur unter Konkurrenzdruck rationalisiert wird und das Defizit der Bahn nicht zuletzt durch eine umstrittene Personalpolitik (wie z. B. die Pragmatisierungen zeigen) mitbedingt ist.

¹⁾ Bundesvoranschlag für 1950 und Aufwendungen durch Länder und Gemeinden.

²⁾ Kraftfahrzeugsteuer 30 Mill. S, Mineralölsteuer 48 Mill. S (Voranschlag 1950: 60 Mill. S, hiervon aber 80% durch Straßenverkehr). Die Beförderungssteuer kann nicht einbezogen werden, da sie an Stelle der Umsatzsteuer steht; außerdem werden rd. 75 bis 80% der Beförderungssteuer von den Bundesbahnen geleistet. Ferner muß der Bund 65% der Kraftfahrzeugsteuer an die Länder abliefern, so daß den 270 Mill. S Aufwendungen nur rd. 60 Mill. S Einnahmen aus den beiden Steuern gegenüberstehen.

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten S. 195—196

Die seit der Abwertung leicht steigende Tendenz der *Ausfuhr* hielt auch im Februar an. Die Ausfuhrmenge erhöhte sich gegenüber Jänner um 16,4% auf 248.000 t, der Ausfuhrwert um 18,3% auf 404,6 Mill. S. Ein Teil dieser Zunahme ist saisonbedingt, aber auch der saisonbereinigte Index nahm noch um 2,5% zu. Nach dem vom Statistischen Zentralamt berechneten Quantumindex ist das Ausfuhrvolumen für Februar mit 72 (1937 = 100) um 11 Punkte höher als im Vorjahre. Das rasche Anwachsen des Exportes nach Deutschland hat dazu beträchtlich beigetragen. In den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres gingen 10,8% der Gesamtausfuhr nach Deutschland, gegenüber 6,2% im Jahre 1949.

Die kommerzielle *Einfuhr* ging im Februar etwas zurück (um 5 Mill. S auf 543,4 Mill. S), so daß sich der Einfuhrüberschuß von 207 Mill. S auf 138 Mill. S verringerte. Die ERP-Einfuhren hingegen stiegen im Februar und erreichten mit 103.500 t und 202 Mill. S sowohl mengen- als auch wertmäßig den bisherigen Höchststand.

Umfang und Zusammensetzung der kommerziellen Einfuhr werden in den kommenden Monaten durch die beginnende Liberalisierung in der Außenhandels- und Devisenpolitik, vor allem aber durch die *Valorisierung der Zölle* beeinflusst werden, die am 31. März beschlossen wurde und voraussichtlich noch im Mai in Kraft tritt. Der Schillingwert der Goldkrone des Zolltarifes, der seit Kriegsende 1 S betrug (1938: S 1'83), wird um das 4'69-fache erhöht. Das Finanzministerium ist jedoch ermächtigt, nach Anhören der Wirtschaftskammern so wie bisher (d. h. seit 1946) die Zölle einzelner Waren und Warengruppen zu ermäßigen oder ganz nachzulassen. Dieses Vorrecht wird einer Reihe wichtiger Waren, vor allem Lebensmitteln sowie verschiedenen Rohstoffen und Vorprodukten, eingeräumt werden. Diese Maßnahme senkt das Zollniveau unter das der Vorkriegszeit, zum Teil wird dies aber dadurch wieder aufgewogen, daß an Stelle der damaligen vertragsmäßigen Zollsätze (die 1937 bei den meisten wichtigeren Handelspartnern und seit 1946 bei der gesamten Einfuhr Anwendung fanden) die allgemeinen Zollsätze des Zolltarifes treten.

Es ist nicht leicht, eine genaue Vorstellung von der durchschnittlichen Belastung der Einfuhr zu gewinnen, die diese Zollvalorisierung bringt. Die folgende Überlegung, die allerdings die erwähnte Ermäßigung gewisser Zölle vernachlässigt, liefert jedoch

einen ungefähren Anhaltspunkt. Eine Berechnung des Institutes, die 91 wichtige Einfuhrwaren erfaßt¹⁾, ergibt für diese Gruppe eine durchschnittliche Zollbelastung von 41% für das Jahr 1937 und 53% für das Jahr 1947. Da sich der Einfuhrpreisindex zwischen 1947 und dem Beginn des Jahres 1950 (Jänner/Februar) infolge Preissteigerungen und Abwertung um 79% erhöhte, war die Zollbelastung weiter auf ungefähr 3% gesunken. Multipliziert man die Zollsätze einheitlich mit 1,69, so erhöht sich dieser Prozentsatz auf etwa 14%. Da sich die Zollbelastung bei den westeuropäischen Staaten gegenwärtig etwa zwischen 10 und 30% bewegt, sind auch nach der Zollerhöhung die österreichischen Zollsätze sehr mäßig. Für den vorgesehenen Abbau quantitativer und devisenmäßiger Einfuhrbeschränkungen ist ein gewisser Zollschatz eine unumgängliche Voraussetzung für die Stabilität der österreichischen Wirtschaft und für den Ausgleich der Zahlungsbilanz.

Die erläuternden Bemerkungen zu der Novelle zum Zollüberleitungsgesetz stützen die Zollerhöhung vor allem durch zwei andere Gründe: Erstens sei ein höherer autonomer Zolltarif eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß bei Handelsvertragsverhandlungen und insbesondere bei den bevorstehenden multilateralen Zollverhandlungen im Rahmen des GATT (Allgemeines Abkommen über Tarif und Handel) von den Vertragspartnern Zollkonzessionen erlangt werden, und zweitens sprächen auch staatsfinanzielle Erwägungen für eine Zollerhöhung, da die Zolleinnahmen im Jahre 1937 rund 15% der gesamten staatlichen Abgaben betragen, derzeit aber auf rund 2% herabgesunken seien. Von diesen beiden Argumenten ist das erste wegen der bisher abnorm niedrigen Zölle Österreichs berechtigt, wenn auch ein „taktisches“ Hinaufzilitieren der Zollsätze, für das sich jetzt die Anzeichen in Europa mehren, ernste Gefahren für den internationalen Warenaustausch mit sich bringen kann. Der Vorschlag der skandinavischen Staaten, daß bei den GATT-Verhandlungen die Beibehaltung eines niedrigen Zolltarifes als gleichwertige Konzession für die Ermäßigung eines hohen Zolltarifes gewertet werden soll, verdient daher auch österreichischerseits Beachtung. Das fiskalische Argument hingegen ruht wirtschaftstheoretisch auf schwacher Grundlage, da der Zoll, wie die meisten indirekten Steuern, die Belastung nicht gerecht, d. h. entsprechend der Leistungsfähigkeit der Bevölkerung verteilt, und weil er eine unwirtschaftliche Aufteilung

¹⁾ 23 Nahrungsmittel, 40 Rohstoffe und 28 Fertigwaren.

der Produktionsmittel vor allem zwischen der Binnen- und der Exportindustrie mit sich bringt.

Wenn auch eine Zollaufwertung aus den erwähnten Gründen notwendig geworden ist, so kann die jetzige Lösung doch nur als ungenügender Ersatz für eine völlige Neugestaltung des 25 Jahre alten Zolltarifes angesehen werden, der dringend einer Anpassung an die gründlich veränderten Verhältnisse der Weltwirtschaft bedarf. Es wird von entscheidender Bedeutung sein, die Zölle so anzusetzen, daß eine ausgeglichene Struktur der österreichischen Wirtschaft gewährleistet wird, ohne daß monopolistischen und protektionistischen Sonderwünschen entsprochen wird, die die notwendige Ausdehnung des Außenhandels, der Produktion und der Produktivität hintanhaltend könnten.

Außer von dem neuen Zollregime wird der Außenhandel in den kommenden Monaten auch durch die Ergebnisse der regen *handelspolitischen Tätigkeit* und die Anpassung der Devisenkurse beeinflusst werden. Nebst der Erneuerung einer ganzen Reihe bestehender Handels- und Zahlungsabkommen — Erneuerungen, die meist eine Erweiterung der Warenlisten und eine leichte Liberalisierung mit sich brachten — wurden seit Jahresbeginn neue Handels- und Zahlungsabkommen mit Argentinien (Jänner), Griechenland (Februar), Brasilien (März) und Rumänien (April) abgeschlossen. Auf der Devisenseite wurden die Prämien im Verrechnungsverkehr mit der Türkei am 24. März von 65% auf 80% und mit Griechenland am 21. April von 50% ebenfalls auf 80% erhöht. Die Abwertung des Schillings gegenüber diesen beiden Ländern sollte alle wechsellkursmäßigen Hindernisse für österreichische Lieferungen im Rahmen der gewährten Ziehungsrechte beseitigen. Bisher wurden diese Ziehungsrechte — deren Erfüllung in Österreichs Interesse liegt, da es in dem Ausmaße, in dem Waren geliefert werden, einen Anspruch auf Dollarhilfe (conditional aid) erhält — nur sehr ungenügend beansprucht. In den neun Monaten Juli bis März hat Griechenland zwar 92,6% der ihm gegenüber Österreich zustehenden Ziehungsrechte ausgenutzt, die Türkei und Portugal haben sie aber überhaupt noch nicht in Anspruch genommen. (An andere Länder wurden Ziehungsrechte nicht vergeben.) Der bisherige Kurswert des Schillings war allerdings nicht das einzige und nicht einmal das hauptsächlichste Hindernis für die geringe Beanspruchung der passiven Ziehungsrechte; entscheidend war, zumindest im Falle der Türkei, die Nichterteilung von Einfuhrbewilligungen für österreichische Waren.